

Ausnahme oder Modell? Das sozialistische Jugoslawien, die Sozialpolitik und die Bewegung der Blockfreien Staaten während des Kalten Krieges¹

Die intensiven Beziehungen, die das sozialistische Jugoslawien mit dem Globalen Süden vor allem im Rahmen der Bewegung der Blockfreien Staaten pflegte, stellen ein wichtiges Korrektiv zum Ost-West-Gegensatz dar, von dem die orthodoxe Geschichtsschreibung zum Kalten Krieg geradezu besessen ist. Dieser Gegensatz verdinglicht Westen und Osten zu homogenen Einheiten, um gleichzeitig den gesamten Süden zu ignorieren, zu marginalisieren oder aber in den Ost-West-Konflikt »hineinzufalten«. Schon vor dem Gipfel von Belgrad im September 1961 stand Jugoslawien in mindestens zweierlei Hinsicht für einen »Dritten Weg«. Erstens lehnte das Land es seit dem Bruch mit Stalin (in Jugoslawien als *historički ne*, das historische Nein, bekannt) im Jahr 1948 ab, sich einem der Blöcke des Kalten Krieges anzuschließen. Zweitens festigte Jugoslawien diesen »Dritten Weg« als transnationales Projekt durch die Bildung von Bündnissen mit den (insbesondere in Asien und Afrika) aus dem Kolonialismus hervorgegangenen Ländern der Dritten Welt, dem heute sogenannten Globalen Süden,² und sorgte dafür, dass die Ungleichheiten zwischen Nord und Süd in den internationalen Beziehungen zumindest ebenso viel Gewicht hatten wie der Ost-West-Konflikt. Für meine Argumentation in diesem Beitrag nicht weniger wichtig ist die Entwicklung eines eher ungewöhnlichen sozialpolitischen Modells oder Wohlfahrtssystems, das sich in wichtigen Punkten nicht

- 1 Dieser Beitrag basiert auf einem Vortrag, den ich auf der 4. Hermann-Weber-Konferenz gehalten habe, die am 9./10. Juni 2022 in Berlin stattgefunden hat. Eine Version davon wurde auch auf einer vom Zentrum für Sozialpolitik in Belgrad am 14. September 2022 organisierten Veranstaltung online vorgestellt. Die Kommentare und Anregungen von Chiara Bonfiglioli, Nikolas Dörr, Goran Ferić, Maja Gerovska Mitev, Jeremy Gould, Aida A. Hozić, Nimi Hoffmann, Rada Iveković, Katarina Kušić, Artan Mustafa, Christopher Prior, Jure Ramšak, Bernhard Trenkle, Alex Veit und Anna Wolkenhauer waren eine große Hilfe bei der Überarbeitung des Textes für die Veröffentlichung. Die Verantwortung für das, was folgt, liegt natürlich allein bei mir. Der Text entstand im Rahmen des Forschungsprojekts »Global Cultural Exchange and the Non-Aligned Movement: research on spatio-temporal cultural dynamics« (HRZZ-IPS-2020-01-3992), das vom Institut für Kunstgeschichte in Zagreb (IPU) und der Akademie für Bildende Künste und Design in Ljubljana durchgeführt und von der Kroatischen Wissenschaftsstiftung (HRZZ) und der Slowenischen Forschungsagentur (ARSS) finanziert wird.
- 2 Der Begriff des Globalen Südens bleibt freilich unscharf, zumal der Osten des Nordens, wenn auch nach dem hier diskutierten Zeitraum, »seinen taumelnden Abstieg in eine neue Armutszone« begann und der Osten des Südens sich »in einem Prozess der nachholenden Industrialisierung« befand. Alex Veit: Einleitung: Eine gerechte Weltwirtschaftsordnung?, in: Alex Veit/Daniel Fuchs (Hg.): Eine gerechte Weltwirtschaftsordnung? Die »New International Economic Order« und die Zukunft der Süd-Nord-Beziehungen, Bielefeld 2023.

nur von westlichen Wohlfahrts- und Sozialstaaten, sondern auch von den im Kommunismus sowjetischer Prägung vorherrschenden Wohlfahrtssystemen unterschied.

Der Schwerpunkt liegt im Folgenden auf den Modi des Austauschs über die volkswirtschaftliche Entwicklung – einschließlich Sozialpolitik und Sozialarbeit – zwischen dem sozialistischen Jugoslawien und insbesondere jenen Teilen des Globalen Südens, die eine aktive Rolle in der Bewegung der Blockfreien Staaten spielten. Auf einen kurzen Überblick über die Schlüsselemente des jugoslawischen Sozialmodells folgt eine ebenso bündige Darstellung der Gründe und charakteristischen Merkmale des Engagements des sozialistischen Jugoslawien für die Blockfreiheit. Die empirische Grundlage bilden drei Fallbeispiele, die zwar eigentlich miteinander verbunden sind, hier jedoch zu analytischen Zwecken getrennt werden. An ihnen können Elemente des auf die soziale Entwicklung bezogenen Austauschs im Sinne der Zirkulation von Praktiken, Diskursen und Menschen zwischen dem sozialistischen Jugoslawien und Teilen des Globalen Südens untersucht werden. Abschließend werden Fragen für die weitere Forschung formuliert.

Der Text stellt sowohl den Eurozentrismus³ als auch den »methodologischen Nationalismus«⁴ eines Großteils dessen in Frage, was bis heute als Mainstream der Sozialpolitikforschung gilt. In der Untersuchung historischer Entwicklungen des transnationalen, internationalen und globalen Austauschs in der Sozialpolitik muss die Rolle, die Imperialismus und Kolonialismus für ihre Gestaltung sowohl in den ehemaligen Kolonien als auch in den kolonialen Zentren gespielt haben, viel ausführlicher behandelt werden. Das gilt ebenso für die verschiedenen Verläufe der dekolonialen Kämpfe, einschließlich der (aber nicht beschränkt auf die) Varianten postkolonialer Staatsbildung. Eine antikoloniale⁵ Wende in der Forschung zur Sozialpolitik würde nicht weniger als ein ganz neues Lexikon erfordern, eine radikal andere konzeptionelle Architektur, in der gegenwärtige Sozialstaaten westfälischen Typs nicht mehr als Ursprung aller sozialpolitischen Rahmenbedingungen und Diskurse betrachtet werden. Kurz gesagt, ein Großteil der Mainstream-Sozialpolitikforschung überschätzt die raum-zeitliche Bedeutung der »modernen« Wohlfahrtsstaaten im Westeuropa des Kalten Krieges und betrachtet ihre »verfrühten« Gegenstücke in Osteuropa im selben konzeptionellen Rahmen. Natürlich wird die Bedeutung der kolonialen Dimension der Sozialpolitik sowohl in den Kolonien als auch »zu Hause« stark unterschätzt.⁶ Der Globale Süden wird, wenn er überhaupt

3 Unter Eurozentrismus wird hier die Konstruktion von »raum-zeitlichen Hierarchien, die Europa als einen isolierten Raum betrachten und es [...] als allen anderen überall voraus positionieren« verstanden. Zeynep Gülşah Çapan: Eurocentrism and the Construction of the »Non-West«, in: *E-International Relations* vom 19. Juni 2018, e-ir.info/2018/06/19/eurocentrism-and-the-construction-of-the-non-west/ (ges. am 3. März 2023).

4 »Methodologischer Nationalismus« geht von der Annahme aus, »dass die Nation/der Staat/die Gesellschaft die natürliche soziale und politische Form der modernen Welt ist«. Andreas Wimmer/Nina Glick Schiller: *Methodological nationalism and beyond: nation-state building, migration and the social sciences*, in: *Global Networks* 2 (2022), H. 4, S. 301–334, hier S. 302.

5 Der Begriff »dekolonial« wird in diesem Text verwendet, um den Zeitpunkt der Erlangung der Staatlichkeit kolonisierter Länder zu bezeichnen, während der Begriff »antikolonial« für umfassende Theorien verwendet wird, die versuchen, diese Prozesse zu verstehen.

6 Siehe James Midgeley/David Piachaud (Hg.): *Colonialism and Welfare: Social Policy and the British Imperial Legacy*, Cheltenham 2011, S. xi.

Gegenstand der Diskussion ist, ausschließlich durch eine eurozentrische konzeptionelle Linse betrachtet.

I. Das Sozialmodell des sozialistischen Jugoslawien

In einem Bericht von 1975 bezeichnete die Weltbank das jugoslawische Wohlfahrtssystem als »hochentwickelt« und »dezentralisiert«.⁷ Die Weltbank war offenbar beeindruckt, sowohl von der Art und Weise, wie sich das Land nach dem »Bruch mit Stalin« im Jahr 1948 dem »Marktsozialismus« zugewandt hatte, als auch von dem ausdrücklichen Versuch, ein Wirtschafts- und Sozialsystem zu entwickeln, das sich radikal von dem des sowjetischen Blocks unterschied – was auch für die Bildung der Bewegung der Blockfreien Staaten von entscheidender Bedeutung war. Das Experiment der »Selbstverwaltung«, »das Recht und/oder die Verantwortung aller, sich an der Verwaltung all dessen zu beteiligen, was sie bei der Produktion und der Reproduktion der Existenzmittel betrifft«, ⁸ ging auf die Idee des jugoslawischen Politikers und Theoretikers Edvard Kardelj zurück. Es begann Anfang der 1950er-Jahre mit Formen der betrieblichen Demokratie, wurde aber später auf lokale Gemeinschaften und die Gesellschaft im Allgemeinen ausgeweitet.⁹ Die »Selbstverwaltung«, für die sich einige der entstehenden skandinavischen Wohlfahrtsstaaten und Teile der Linken in Frankreich, Italien und anderswo interessierten, war in der Rhetorik stärker ausgeprägt als in der Realität. Dennoch führte die frühe Phase des sozialistischen Jugoslawien, für die auch die Bezeichnung die »zwanzig glorreichen Jahre« genutzt wird,¹⁰ ab Mitte der 1950er-Jahre zu einer Verbesserung des Lebensstandards des größten Teils, wenn nicht gar der gesamten Bevölkerung.

Auch wenn hier keine Lanze für die von den historischen Institutionalisten vertretenen »Legacy-Effekte« gebrochen werden soll – nicht zuletzt wegen des formalistischen Beharrens auf »Pfadabhängigkeit« und der Art und Weise, in der empirisch zu prüfende Annahmen als unerschütterliche Fundamentalargumente behandelt werden –, muss doch bedacht werden, dass einige Aspekte des jugoslawischen sozialistischen Wohlfahrtsstaates tatsächlich bereits vor dem jugoslawischen Sozialismus bestanden haben. In den Teilen des späteren Jugoslawien, die zur österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie gehörten, wurden bereits Ende des 19. Jahrhunderts nach Bismarck'schem Vorbild Komponenten eines Sozialversicherungssystems entwickelt, das Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung umfasste. Nach dem Zweiten Weltkrieg entstand in Jugoslawien ein umfänglicher Bismarck'scher Rechtsrahmen für die soziale Wohlfahrt; zugleich konnten, als wesentlicher Bestandteil der sozialistischen Modernisierung, immer mehr

7 World Bank: *Yugoslavia: Development with Decentralization*, Baltimore 1975.

8 Catherine Samary: *Yugoslav Self-Management: A Balance Sheet*, in: dies./Fred Leplat (Hg.): *Decolonial Communism, Democracy and the Commons*, Dagenham 2019, S. 66–84, hier S. 69.

9 Ebd. Siehe auch Albert Bing: *Socialist Self-Management Between Politics and Economy*, in: *Acta Histriae* 27 (2019), H. 1, S. 1–34, https://zdpj.si/wp-content/uploads/2019/08/AH_27-2019-1_BING.pdf (ges. am 3. März 2023).

10 Darko Suvin: *Splendour, Misery and Potentialities: An X-ray of Yugoslav Socialism*, Leiden 2016.

Menschen von ihr profitieren – zwar nicht alle, aber doch eine überwiegende Mehrheit. Es gab Massenalphabetisierungskampagnen, eine kostenfreie medizinische Grundversorgung und die umfassende Bereitstellung von Wohnraum. Das Erbe von Innovation und Reform im öffentlichen Gesundheitswesen, von kostenloser Bildung und eines basalen sozialen Sicherheitsnetzes wurde im Kontext von beschleunigten Industrialisierungs- und Urbanisierungsprozessen ausgeweitet, damit einhergehend wurde auch die allgemeine Infrastruktur verbessert. Es handelte sich jedoch stets um ein duales Wohlfahrtsystem, bei dem die Dienste größtenteils dem neu entstehenden Industrieproletariat sowie den Angehörigen der Verwaltung, Armeeoffizieren, Kriegsveteranen und Parteifunktionären vorbehalten waren, nicht aber der Landbevölkerung. So stand beispielsweise das Ende der 1940er-Jahre eingeführte, relativ großzügig bemessene Kindergeld nur den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zur Verfügung. Die Krankenversicherung, die über die Grundversorgung hinausgehende Gesundheitsleistungen ermöglichte, wurde erst 1980 auf Selbstständige und Beschäftigte in landwirtschaftlichen Betrieben ausgedehnt;¹¹ die Renten für Landwirte waren, wenn es sie überhaupt gab, viel niedriger als die Renten der Industriearbeiter und beruhten häufig auf freiwilligen Beiträgen.

Der jugoslawische Sozialismus kombinierte also Aspekte der staatlichen Planung, Selbstverwaltung und Marktmechanismen, was unter den damaligen sozialistischen Ländern ungewöhnlich war, wenn es ihn nicht gar zu einer Ausnahmeerscheinung machte. Er zog eine Art direkte Demokratie nach sich, wobei sich das Gleichgewicht zwischen den drei Elementen Markt, Planung und Selbstverwaltung im Laufe der Zeit änderte,¹² da der »Marktsozialismus« je nach Konjunktur unterschiedliche Formen annahm,¹³ sich manchmal eher sozialistisch, aber im Laufe der Zeit immer stärker marktorientiert entwickelte. Selbstverwaltete Unternehmen bildeten anfänglich den Kern der dezentralisierten Wohlfahrt, nicht unähnlich dem Rest Osteuropas, und boten Wohnraum, Gesundheitsfürsorge, Kinderbetreuung, häufig auch subventionierten Urlaub für Industriearbeiter und Verwaltungsangestellte und ihre Familien. Die Unternehmen hatten ein gewisses Maß an Kontrolle über die mikroökonomische Entscheidungsfindung, obwohl die Prioritäten auf der Makroebene des Bundes und der Teilrepubliken gesetzt wurden. Bei der Unternehmensplanung wurden tendenziell soziale, wirtschaftliche und politische Kriterien kombiniert, und neue Industriekomplexe wurden häufig in relativ armen Landesteilen errichtet, um Wohlstand und Wachstum breiter zu streuen.

Industrialisierung und Arbeitsmigration gingen Hand in Hand mit Migrationsketten, die aus Land-Stadt-Wanderung, Migration aus den ärmeren südlichen Republiken in die reicheren nördlichen Gebiete und Abwanderung aus Jugoslawien selbst bestanden.

11 Paul Stubbs: Reflections on Marxism and Welfare: East and West, in: *LeftEast* vom 7. November 2018, criticatac.ro/lefteast/reflections-on-marxism-and-welfare-east-and-west (ges. am 3. März 2023); Marija Stambolieva: *Welfare State Transformations in the Yugoslav Successor States: From Social to Unequal*, Abingdon 2016.

12 Siehe Goran Marković: Workers' Councils in Yugoslavia: Successes and Failures, in: *Socialism and Democracy* 25 (2012), H. 3, S. 107–129.

13 Siehe Vladimir Unkovski-Korica: *The Economic Struggle for Power in Tito's Yugoslavia: From World War II to Non-Alignment*, London 2016.

Ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter verdingte sich als »Gastarbeiter« in Teilen Westeuropas und diente bei steigender Arbeitslosigkeit als »Sicherheitsventil«. Im Zuge der raschen Industrialisierung entstanden viele Städte mit nur einem Industriezweig, die später in den Krisen der 1980er-Jahre und natürlich in Kriegzeiten extrem anfällig wurden für Deindustrialisierung. Neben den Teilrepubliken und ihrer insbesondere nach der neuen Verfassung von 1974 zunehmenden Macht, die sich in einer relativen Autonomie hinsichtlich der Festlegung der Steuer- und Sozialleistungsniveaus niederschlug, waren auch die Kommunen für eine Reihe von Wohlfahrtsfragen zuständig, u. a. für die Finanzierung der Kinderbetreuung, der Bildung und der sozialen Betreuung verschiedener Gruppen, einschließlich älterer Menschen, Menschen mit Behinderung und von Armut bedrohter Personen. Als das System immer schwerfälliger wurde, wurden »selbstverwaltete Interessengemeinschaften« (*samoupravne interesne zajednice*, SIZovi) eingeführt. Dabei handelte es sich um zwischengeschaltete Organisationen, mitunter unter der Kontrolle der Kommunistischen Partei, deren Aufgabe es war, die Leistungsempfänger, Anbieter von Leistungen (z. B. in den Bereichen Gesundheitswesen, Bildung, Arbeitsvermittlung, Wohnungswesen und Sozialschutz) und übrige Bürger miteinander zu verknüpfen und so die direkte Demokratie über den Arbeitsplatz hinaus auszuweiten. Sie waren mitunter eine wichtige Quelle für sozialpolitische Innovationen und trugen dazu bei, für eine reibungslose Kommunikation zwischen den lokalen Verwaltungen, den Beschäftigten im Sozialsystem und den Leistungsempfängern zu sorgen.

Es darf nicht vergessen werden, dass die rasche Industrialisierung des sozialistischen Jugoslawien nur teilweise in einen Urbanisierungsprozess mündete; viele derjenigen, die von der Landwirtschaft in die Industrie wechselten, lebten weiterhin in nicht städtischen Gebieten. Gleichzeitig blieben viele der neuen Industriearbeiter weiterhin mit der ländlichen Subsistenzwirtschaft verbunden und kehrten am Nachmittag von der Arbeit nach Hause zurück, um das Land zu bewirtschaften. Neben den Hauptstädten wuchsen Kleinstädte, viele mit weniger als 10 000 Einwohnern, die später noch einen erheblichen Zuwachs erleben sollten; 1971 waren weniger als 40 Prozent aller, die in der Stadt lebten, auch dort geboren.¹⁴ Wie bereits erwähnt, waren viele wohlfahrtsstaatliche Dienste auf die städtische Bevölkerung beschränkt, insbesondere auf diejenigen Personen, die beim Staat angestellt waren. Dies prägte den Modernisierungsprozess in den 1970er- und 1980er-Jahren ebenso wie die Herausbildung eines »städtischen Habitus«, wobei die bäuerliche Kultur und bäuerliche Überzeugungen mal als Hemmnis für die Modernisierung,¹⁵ mal als Quelle der Stabilität und des Zusammenhalts betrachtet wurden.

Das Problem der regionalen Unterschiede innerhalb Jugoslawiens erwies sich trotz jahrzehntelanger expliziter Umverteilungspolitik als hartnäckig. Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Mazedonien und der Kosovo erreichten nie mehr als 75 Prozent des gesamt-

14 Siehe Dennison I. Rusinow: Some Aspects of Migration and Urbanization in Yugoslavia, in: Southeast Europe Series 19 (1972), H. 2, S. 1–16.

15 Siehe Bojan Bilić/Paul Stubbs: Unsettling »The Urban« in Post-Yugoslav Activisms, in: Kirsten Jacobsson (Hg.): Urban Grassroots Movements in Central and Eastern Europe, London 2015, S. 119–138.

jugoslawischen Bruttoinlandsprodukts (BIP). 1989 betrug das BIP des Kosovo nur noch 26 Prozent des jugoslawischen Durchschnitts, nachdem es 1959 noch 39 Prozent betragen hatte.¹⁶ Die Gründe hierfür scheinen sowohl auf wirtschaftliche Faktoren als auch auf einander widerstrebende Kräfte auf den Ebenen der föderalen und der teilrepublikanischen Regierungen zurückzuführen zu sein. Durch die Marktreformen der 1960er-Jahre war die jugoslawische Wirtschaft externen Schocks ausgesetzt, etwa der Ölkrise Anfang der 1970er-Jahre, die auch für die Bewegung der Blockfreien Staaten im Allgemeinen von Bedeutung war. Infolgedessen wurde es immer schwieriger, eine Politik des »exportorientierten Wachstums« zu verfolgen. Nach der neuen Verfassung von 1974, die den Republiken wesentlich mehr Befugnisse einräumte, nahm die Krise im Land nicht mehr nur eine wirtschaftliche, sondern zunehmend auch eine soziale und politische Dimension an, wobei es immer wieder zu ethnisch geprägten Spannungen zwischen den wohlhabenderen und den ärmeren Republiken kam. Die Konflikte zwischen den Teilrepubliken verschärften sich immer mehr, und die Kluft zwischen den reichsten und den ärmsten Teilen der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien wurde immer größer, sodass die Ideologie der »Brüderlichkeit und Einheit« (*Bratstvo i Jedinstvo*) bzw. der Gleichheit zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen in der Praxis immer stärker an Bedeutung verlor.

Anders als in den Ländern des Sowjetblocks war man sich in Jugoslawien seit Anfang der 1950er-Jahre darüber im Klaren, dass die sozialen Probleme in einem umverteilenden Wohlfahrtsstaat nicht einfach »verschwinden« würden, wie es der klassische Marxismus-Leninismus suggeriert hatte. Soziale Probleme bedurften ausgebildeter Fachkräfte, um gelöst zu werden, so lautete das Argument. Die Ausbildung von Sozialarbeitern erfolgte anfangs an Oberschulen im Rahmen eines zweijährigen Programms, später wurden Ausbildungsprogramme über vier Jahre an Universitäten im ganzen Land eingerichtet. Dies führte dazu, dass Anfang der 1960er-Jahre in jeder Gemeinde multidisziplinäre Zentren für Sozialarbeit (ZSA) aufgebaut wurden.¹⁷ Sie zielten darauf ab, personenbezogene soziale Dienste für alle zugänglich und verfügbar zu machen, nicht nur für das neu in die Städte gezogene Industrieproletariat. Dabei gehörten die wachsenden sozialen Probleme in den rasch expandierenden städtischen Gebieten sicherlich zu den Hauptgründen für die Einrichtung von ZSA,¹⁸ insbesondere die Schwierigkeiten, die die städtische Jugend beim Übergang von der Schule in den Beruf hatte. Auch wenn in Teilen des Sowjetblocks durchaus bereits Formen von Sozialarbeit existierten, wurde sie erstmals in Jugoslawien zu einer gesetzlich verankerten Leistung, für alle Bürger.

16 Zahlen nach einer Grafik von Dragomir Vojnić (1995), zit. nach: Bob Deacon/Michelle Hulse/Paul Stubbs: *Global Social Policy: International organizations and the future of welfare*, London 1997, S. 166.

17 Siehe Paul Stubbs/Reima Ana Maglajlić: *Negotiating the Transnational Politics of Social Work in Post Conflict and Transition Contexts: Reflections from South-East Europe*, in: *British Journal of Social Work* 42 (2012), H. 6, S. 1174–1191.

18 Siehe Reima Ana Maglajlić/Paul Stubbs: *Occupying Liminal Spaces in Post-Conflict Social Welfare Reform? Local professionals and international organisations in Bosnia-Herzegovina*, in: *British Journal of Social Work* 48 (2018), H. 1, S. 37–53.

Die Institutionalisierung der professionellen Sozialarbeit ging einher mit dezentralisierter Planung und neuen partizipativen Mechanismen. In dieser Hinsicht war der jugoslawische Wohlfahrtsstaat jedoch – den meisten Ländern des globalen Nordens nicht unähnlich – durch und durch »produktivistisch«. Bevölkerungsgruppen, die nicht in den industriellen Produktionsprozess eingebunden waren, d. h. unter anderem Arbeitslose und Geringbeschäftigte, von den Behörden als deviant definierte Personen (insbesondere in Konflikt mit dem Gesetz geratene Jugendliche) und Obdachlose wurden als erziehungsbedürftig angesehen. Ihre Disziplinierung war eine der Hauptaufgaben der ZSA. In dem Maße, in dem die Ungleichheiten zunahmen, entstand eine neue Unterschicht, die sich aus denjenigen zusammensetzte, die ihr Existenzminimum nicht aus eigener Kraft zu sichern vermochten.¹⁹ Dazu gehörten die Arbeitslosen und Geringbeschäftigten der späten 1960er-Jahre, die ermutigt wurden, als Gastarbeiter im Ausland Arbeit zu suchen,²⁰ Roma²¹ und unzufriedene Jugendliche.

Jugoslawien wurde in den 1980er-Jahren von einer schweren Wirtschaftskrise erfasst und unterlag strengen Strukturanpassungsprogrammen des Internationalen Währungsfonds (IWF). Die sich daraus ergebenden Kürzungen in vielen Bereichen der Wohlfahrt, eine Art Sparpolitik, die zu Einschränkungen bei den Sachleistungen und – bedingt durch die Inflation – zu einem Wertverlust der Geldleistungen führte, ließen zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg wieder städtische Armut entstehen.²² Dies betraf vor allem diejenigen, die nur wenig oder gar keine Berührungspunkte zur ländlichen Subsistenzwirtschaft hatten, und wurde durch ökonomische Argumente untermauert, wonach ein »teurer« Wohlfahrtsstaat in Zeiten wirtschaftlicher Rezession nicht mehr zu finanzieren sei. Die wirtschaftliche, politische und soziale Krise der 1980er-Jahre machte es in vielerlei Hinsicht praktisch unmöglich, Jugoslawien zusammenzuhalten, und trug nicht unwesentlich zu den jugoslawischen Nachfolgekriegen der 1990er-Jahre bei, die natürlich viel höhere menschliche, wirtschaftliche und soziale Verluste und Kosten mit sich brachten.

II. Die Bewegung der Blockfreien Staaten

Die Umstände, die zur Entstehung der Bewegung der Blockfreien Staaten führten, und vor allem ihre Bedeutung während des Kalten Krieges sind komplex. Während der gesamten Zeit seiner Zugehörigkeit zwischen 1961 und 1991 rührte die besondere Stellung des sozialistischen Jugoslawien daher, dass es selbst nicht im Globalen Süden lag.

19 Siehe Rory Archer/Igor Duda/Paul Stubbs (Hg.): *Social Inequalities and Discontent in Yugoslav Socialism*, London 2016.

20 Siehe Brigitte Le Normand: *The gastarbajteri as a Transnational Yugoslav Working Class*, in: Archer/Duda/Stubbs (Hg.): *Social Inequalities* (Anm. 19), S. 38–57.

21 Siehe Julija Sardelić: *Roma Between Ethnic Group and an Underclass as Portrayed through Newspaper Discourses in Socialist Slovenia*, in: Archer/Duda/Stubbs (Hg.): *Social Inequalities* (Anm. 19), S. 95–111.

22 Siehe Branko Milanović: *Poverty in Eastern Europe in the Years of Crisis, 1978–1987: Poland, Hungary and Yugoslavia*, in: *World Bank Economic Review* 5 (1991), H. 2, S. 187–205.

Zwischen 1945 und 1948 folgte das sozialistische Jugoslawien der Sowjetunion im Großen und Ganzen als loyaler Satellit – wenn auch gegen zunehmenden Widerstand und mit wachsender Sorge. Doch nach dem Bruch mit Stalin und dem Scheitern einer sinnvollen Zusammenarbeit mit anderen Balkanstaaten suchte Jugoslawien neue Bündnispartner in den Ländern des Globalen Südens, die sich von der Kolonialherrschaft gelöst hatten und sich weder der Sowjetunion noch den kapitalistischen USA anschließen wollten.

Die jugoslawische kommunistische Führung, die aus dem Partisanenkampf gegen den Faschismus siegreich hervorgegangen war und von den Achsenmächten viel weniger Unterstützung erhielt, als sie gefordert hatte,²³ hielt an einem antifaschistischen Internationalismus fest, der seine eigene dekoloniale Logik und Ausrichtung hatte. Die radikale Verteidigung des Prinzips der »Selbstbestimmung« durch den jugoslawischen Präsidenten Tito und seine Kritik an einem Verständnis der Weltrevolution, das auf der »bedingungslosen Unterordnung der kleinen sozialistischen Länder unter ein großes sozialistisches Land« beruhte,²⁴ fand auch bei vielen dekolonialen Staaten Anklang, die nicht bereit waren, die gerade überwundene Kolonialherrschaft gegen den übermäßigen Einfluss eines der beiden Machtblöcke einzutauschen. Der Bruch mit der Sowjetunion hatte Jugoslawien isoliert und sowohl politisch als auch wirtschaftlich geschwächt, aber Titos Reise durch asiatische und afrikanische Staaten zwischen Dezember 1954 und Februar 1955 verstärkte die Idee einer neuen globalen Rolle Jugoslawiens.

Im April 1955 trafen sich die Oberhäupter afrikanischer und asiatischer Staaten zu einer Konferenz in Bandung (Indonesien). Unter den Teilnehmern hatten sich nur Indien, Indonesien, Nepal und das damalige Burma schon vor der Konferenz offiziell dazu verpflichtet, sich keinem der beiden Machtblöcke des Kalten Krieges anzuschließen.²⁵ Dass nach der Konferenz Versuche, eine Folgeveranstaltung zu organisieren, nicht zuletzt wegen des anhaltenden Grenzstreits zwischen China und Indien scheiterten, trug zweifellos »zur Entstehung bündnisfreier Staaten« bei,²⁶ zu denen auch das sozialistische Jugoslawien gehörte. Titos Treffen mit dem ägyptischen Präsidenten Nasser und dem indischen Premierminister Nehru auf der Insel Brijuni (heute Kroatien) im Juli 1956 festigte zumindest symbolisch die zentrale Stellung, die das sozialistische Jugoslawien in den Bemühungen um eine neue internationale Ordnung einnahm, die auf »Gleichheit, [...] Abrüstung und internationaler wirtschaftlicher und finanzieller Zusammenarbeit [...] in Übereinstimmung mit den in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegten Grundsätzen« beruhen sollte.²⁷

Auf der 15. Sitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York, die am 20. September 1960 begann, betrieb eine Gruppe von Staaten, die als »neutral«, »bündnislos« und »ohne Blockzugehörigkeit« galten, umfassende, aufeinander abge-

23 Siehe Fitzroy Maclean: *The Heretic: The Life and Times of Josip Broz Tito*, New York 1957.

24 Josip Broz Tito: *Selected Speeches and Articles, 1941–1961*, Zagreb 1963, S. 20.

25 Siehe Jürgen Dinkel: *The Non-Aligned Movement: Genesis, Organization and Politics (1927–1992)*, Leiden 2019 (dt. Fassung: *Die Bewegung der Bündnisfreien Staaten. Genese, Organisation und Politik (1927–1992)*, Berlin/München/Boston 2015), S. 60.

26 Ebd., S. 98.

27 Brijuni Communiqué, 19. Juli 1956, <https://nla.gov.au/nla.obj-1231449918/view?sectionId=nla.obj-1260505871&partId=nla.obj-1231591879#page/n57/mode/1up> (ges. am 3. März 2023).

stimmte Lobbyarbeit, um eine Lösung für die Spannungen des Kalten Krieges zu finden und ein Gipfeltreffen zwischen Eisenhower und Chruščëv zu erreichen. Am 29. September 1960 nahm bei einem Treffen in der jugoslawischen Vertretung in New York, an dem Kwame Nkrumah, Präsident von Ghana, der indonesische Präsident Sukarno, Nasser, Nehru und Tito teilnahmen, eine blockfreie bzw. blockübergreifende Politik Gestalt an.²⁸ In seiner Rede vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen erklärte Tito, dass »der Prozess der nationalen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Emanzipation der ehemaligen Kolonien eine historische Notwendigkeit ist«. Gleichzeitig warnte er auch vor der Gefahr, dass der Kampf gegen den Kolonialismus »in Ost-West-Antagonismen verwickelt werden könnte«.²⁹

Was als lockerer Gedankenaustausch begann, bei dem sich vor allem Nehru gegen Forderungen nach einer formelleren Struktur oder gar nach weiteren Gipfeltreffen wehrte, gewann nicht zuletzt deshalb an Dynamik, weil sich einige radikale Herausforderungen für die Bewegung der Blockfreien Staaten (BBS) recht bald erledigten. Der indonesische Präsident Sukarno wurde durch einen Militärputsch gestürzt, bevor seine Idee von einer Konferenz der neuen aufstrebenden Kräfte, Conference of New Emerging Forces (CONEFO), umgesetzt werden konnte. Die radikale Vision der CONEFO von politischer Souveränität, wirtschaftlicher Eigenständigkeit und kultureller Selbstbehauptung wurde jedoch von Kubas Präsident Fidel Castro auf der Trikontinentalen Konferenz der Solidarität der Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas weitergeführt, die vom 3. bis 15. Januar 1966 in Havanna (Kuba) stattfand.³⁰ In Abgrenzung zu Jugoslawien sprach sich die Konferenz für den bewaffneten Kampf statt für Gewaltlosigkeit aus und verband das revolutionäre Bewusstsein im Globalen Süden mit der aufkommenden Black-Power-Bewegung in den USA.³¹ Ihr direkter Einfluss lag jedoch eher im Bereich der radikalen Kulturproduktion. Als die Alternativen schwanden und die Reform der Vereinten Nationen nur begrenzte Ergebnisse zeitigte, wurde die Bewegung der Blockfreien Staaten wiederbelebt und in Bezug auf die Koordination des Gipfels in Lusaka (Sambia) im September 1970 stärker formalisiert. An der Konferenz nahmen 53 Mitgliedstaaten und 13 Beobachter teil, darunter auch solche aus den Befreiungsbewegungen. Neun Jahre zuvor waren im Vergleich dazu in Belgrad 25 Staaten und 3 Beobachter gewesen.

Die widersprüchliche Rolle des sozialistischen Jugoslawien in der Bewegung der Blockfreien Staaten lässt sich mit dem Begriff der »Schwellenhegemonie« umschreiben,³² der die ambivalente Positionierung des Landes innerhalb der geopolitischen Netzwerke

28 Siehe Peter Willetts: *The Foundations of the Non-Aligned Movement: The Trouble with History is that it is All in the Past*, in: Paul Stubbs (Hg.): *Socialist Yugoslavia and the Non-Aligned Movement: Social, Cultural, Political, and Economic Imaginaries*, Montreal 2023, S. 59–83.

29 Tito: *Selected Speeches* (Anm. 24).

30 Siehe Darwis Khudori: *Bandung Conference and its Constellation: An Introduction*, in: ders. (Hg.): *Bandung Legacy and Global Future: New Insights and Emerging Forces*, New Delhi 2018, S. 1–20.

31 Robert J. C. Young: *Disseminating the Tricontinental*, in: Jian Chen (Hg.): *The Routledge Handbook of the Global Sixties*, London 2018, S. 517–547.

32 Paul Stubbs: *Socialist Yugoslavia and the Antinomies of the Non-Aligned Movement*, in: *LeftEast* vom 17. Juni 2019, criticatac.ro/lefteast/yugoslavia-antinomies-non-aligned-movement (ges. am 3. März 2023).

mit dekolonialer Affinität gut widerspiegelt: Einerseits erhielt die Bewegung dadurch eine Führung und eine Richtung, andererseits wusste Jugoslawien um die Problematik, immer dasjenige Land zu sein, »das Ratschläge erteilt und Ideen einbringt« und natürlich die Konferenzkommuniqués schon im Voraus verfasste.³³ Letztlich schränkte die Beteiligung Kubas an der Bewegung der Blockfreien Staaten aufgrund seiner zeitweiligen Nähe zur Sowjetunion die Bereitschaft der lateinamerikanischen, weniger allerdings der karibischen Länder zur Teilnahme ein.³⁴ Zugleich versuchte Tito, den kubanischen Einfluss durch eine Mischung aus Überzeugungsarbeit, Ausschluss bestimmter Themen und Mobilisierung von Verbündeten zu minimieren.³⁵ Selbst auf dem Gipfeltreffen der Blockfreien in Havanna (Kuba) vom 3. bis 9. September 1979 fielen viele Resolutionen im Vergleich zur Radikalität ihrer ursprünglichen Formulierungen harmloser aus.³⁶ Titos »milde« und »staatsmännische« Rede war freilich die letzte,³⁷ die er vor seinem Tod am 4. Mai 1980 hielt.

Tatsache ist, dass Jugoslawiens Misstrauen gegenüber einigen radikalen Alternativen zur Bewegung der Blockfreien Staaten darauf beruhte, dass man sich nicht mit Rassismus auseinandersetzte, von seinen dramatischsten Erscheinungsformen im Apartheidstaat Südafrika einmal abgesehen. Eine mehrdeutige Auffassung von den globalen Klassenbeziehungen, einschließlich des eindeutigen Versuchs, ideologische Fragen auszuklammern, ging also einher mit dem Versäumnis, von Rassismus geprägte und frauenfeindliche Unterdrückungsstrukturen zu thematisieren.³⁸ Auch hier sind die Verbindungen zwischen der Innenpolitik Jugoslawiens und seinen Außenbeziehungen im Rahmen der Bewegung der Blockfreien Staaten bemerkenswert – sie verdienen viel mehr Aufmerksamkeit.

Entscheidend ist, dass die Bewegung der Blockfreien Staaten, obwohl sie als mehrstaatliche Initiative »von oben« konzipiert war, die Möglichkeit für eine relativ autonome »Blockfreiheit von unten« schuf, und zwar in Form des Austauschs von Studierenden bzw. in den Bereichen Wissenschaft, Kunst und Kultur, Architektur und Industrie. Im Bereich des Kulturaustauschs und darüber hinaus blieb die Rolle der intermediären Vereine und der Berufsverbände von entscheidender Bedeutung.³⁹ Auch hier wird die

33 Paul Stubbs: *Socialist Yugoslavia and the Non-Aligned Movement: contradictions and contestations*, in: ders. (Hg.): *Socialist Yugoslavia* (Anm. 28), S. 3–36. Zit. nach: Notes from SFRY Co-Ordinating Cttee for the Preparation of the Fourth Non-Aligned Summit, 4. Januar 1973, Arhiv Jugoslavije/Archiv Jugoslawiens KPR-I-4-a/11.

34 Siehe Agustin Cosovschi: *From Santiago to Mexico: the Yugoslav Mission in Latin America During the Cold War and the Limits of Non-Alignment*, in: Stubbs (Hg.): *Socialist Yugoslavia* (Anm. 28), S. 283–301.

35 Siehe Tvrtko Jakovina: *Tito's Yugoslavia as the Pivotal State of the Non-Aligned*, in: Olga Manojlović Pintar (Hg.): *Tito – viđenja i tumačenja: zbornik radova* [Tito – Visionen und Interpretationen: Textsammlung], Belgrad 2011, S. 389–404, hier S. 396.

36 Siehe Peter Willetts: *The Non-Aligned in Havana*, London 1981, S. 13.

37 Jakovina: *Tito's Yugoslavia* (Anm. 35), S. 399.

38 Siehe Catherine Baker: *Race and the Yugoslav Region: Post-Socialist, Post-Conflict, Postcolonial?* Manchester 2018, und Chiara Bonfiglioli: *Representing Women's Non-Aligned Encounters: A View from Yugoslavia*, in: Stubbs (Hg.): *Socialist Yugoslavia* (Anm. 28), S. 37–58.

39 Siehe Ljiljana Kolečnik: *Practices of Yugoslav Cultural Exchange with Non-Aligned Countries*, in: Stubbs (Hg.): *Socialist Yugoslavia* (Anm. 28), S. 176–202.

»Schwellenhegemonie« Jugoslawiens anschaulich, vor allem, wenn man die Richtung genauer betrachtet, in die der Austausch stattfand: etwa die Tatsache, dass vor allem Studierende aus dem Globalen Süden die Universitäten in Jugoslawien besuchten,⁴⁰ während jugoslawische Unternehmen in der Regel Architektur- und Bauaufträge im Globalen Süden erhielten – nur ganz selten, wenn überhaupt, verlief der Austausch in die andere Richtung.

Idealismus und Solidarität sowie Instrumentalismus und Opportunismus waren die Basis für das Engagement in der Bewegung der Blockfreien Staaten. Die »Hinwendung zum Ökonomischen«, von der die BBS-Diskussionen in den 1970er-Jahren geprägt waren, war ein entscheidender Moment für die Artikulation eines »Dritten Weges«, der im Globalen Süden erhebliche Auswirkungen hatte. Jugoslawien nutzte die BBS zweifellos, um neue Märkte zu erschließen. Seine Waffenlieferungen an Befreiungsbewegungen und Regime wie Indonesien nahmen zu, selbst nachdem dort eine rechtsgerichtete Diktatur unter Suharto an die Macht kam. Auch die Entwicklung einer Atombombe wurde – zunächst im Geheimen – vorangetrieben, trotz der rhetorischen Unterstützung der Abrüstungsbemühungen. Während der Krise der 1980er-Jahre orientierte sich Jugoslawien im Rahmen des Helsinki-Prozesses im Kontext der Entspannung zwischen den Supermächten stärker an der europäischen Bühne und forderte von Europa die Aufarbeitung des Kolonialismus – Jugoslawien übertrug die Lehren, die das Land aus der Mitgliedschaft in der Bewegung der Blockfreien Staaten gezogen hatte, auf den europäischen Raum. Gleichzeitig erfuhr der Ost-West-Konflikt im sozialistischen Jugoslawien mit der Auflösung der föderalen Institutionen nach 1974 selbst eine Neuauflage, wie Vladimir Unkovski-Korica gezeigt hat.⁴¹ Auch das globale Nord-Süd-Gefälle spiegelte sich im Land selbst wider und nahm, zumindest im Spätsozialismus, viele Merkmale des »Neokolonialismus« oder des »inneren Kolonialismus« an,⁴² indem es eine Art von entwicklungsbezogener, kulturalisierter und sogar rassifizierter Hierarchie reproduzierte, die auch in der Bewegung der Blockfreien Staaten selbst anzutreffen war.⁴³ Die Bewegung der Blockfreien Staaten war ein wichtiger Raum für den volkswirtschaftlichen Austausch sowie für eine Art von Sozial- und Entwicklungspolitik, die während des Kalten Krieges weder im Westen noch im Osten zu finden war, wie im Folgenden gezeigt wird.

40 Siehe Leonora Dugonjic-Rodwin/Ivica Mladanovic: Transnational Educational Strategies During the Cold War, in: Stubbs (Hg.): *Socialist Yugoslavia* (Anm. 28), S. 331–359.

41 Siehe Unkovski-Korica: *The Economic Struggle* (Anm. 13), S. 220.

42 Der Begriff »interner Kolonialismus« hat natürlich seine eigene komplizierte Geschichte, von Lenin und der Sowjetunion über Gramsci und Italien bis hin zu Wolpe und Südafrika und darüber hinaus. Siehe Robert Hind: *The Internal Colonial Concept*, in: *Comparative Studies in Society and History* 26 (1984), H. 3, S. 543–568. Der Begriff wird von einer Reihe von kosovo-albanischen Wissenschaftlern und Aktivisten verwendet, um den wirtschaftlichen Extraktivismus und die politische Unterdrückung des jugoslawischen Zentrums gegenüber der Peripherie zu bezeichnen. Siehe *Performing YU and EU in Kosovo: An Interview with Vjosa Musliu, Remembering Yugoslavia podcast*, <https://rememberingyugoslavia.com/podcast-yu-eu-kosovo> (ges. am 3. März 2023).

43 Siehe Piro Rexhepi: *Imperial Inventories, »Illegal Mosques« and Institutionalized Islam: Coloniality and the Islamic Community of Bosnia and Herzegovina*, in: *History and Anthropology* 30 (2019), H. 4, S. 477–489.

Fallbeispiel I: Dekolonialer Staatsaufbau und partizipative Sozialpolitik

Die Bedeutung des dekolonialen Moments – sowohl als Modernisierungsprojekt als auch als sozial- und wirtschaftspolitisches, auf »Normen der Solidarität« basierendes Modell⁴⁴ – verbindet die Entwicklungen im Globalen Süden in gewisser Weise mit denen des sozialistischen Jugoslawien. Gesellschaftliche Wohlfahrt war in weiten Teilen des Globalen Südens eine Erweiterung des dekolonialen Staatsaufbauprojekts, das sich zwar nie vollständig vom Erbe der kolonialen Vergangenheit befreien konnte, dem es aber dennoch gelang, »alternative Wege zum nationalen Wiederaufbau« abzustecken und »souveräne nationale Projekte« in Räumen relativer Autonomie zu verwirklichen.⁴⁵ Die Schwerpunkte waren zwar von Land zu Land unterschiedlich, aber die Modernisierung verband jeweils Industrialisierungsprozesse und technologiegetriebene landwirtschaftliche Entwicklung. Dabei schuf, wie schon im Jugoslawien nach der Unabhängigkeit, das Wirtschaftswachstum die Voraussetzungen für Investitionen in die soziale Infrastruktur und für rasche Verbesserungen in den Bereichen Alphabetisierung, Bildung und Gesundheit für die gesamte Bevölkerung. Vollbeschäftigung, Gleichstellung der Geschlechter und Emanzipation der Frauen sowie eine Art von Sozialschutz für diejenigen, die nicht am offiziellen Arbeitsmarkt teilhatten, waren ebenfalls wichtige Bestandteile eines umfassenden dekolonialen Gesellschaftsvertrages, auch wenn sie nicht so stark betont wurden. Die Abschaffung aller Formen unfreier Arbeit, von der Sklaverei bis hin zu subtileren Formen von Arbeitspflicht, Zwang und Ausbeutung, war in der entstehenden dekolonialen Welt ebenfalls eine gemeinsame Forderung. Die Abkehr von Gewalt und Elend baute natürlich auch auf einer Ausweitung des Sozialschutzes auf, die von einigen Kolonialbehörden in der Spätphase der Kolonialherrschaft schon in Angriff genommen worden war, mit dem Unterschied, dass sowohl der Umfang als auch die Art des Engagements für die soziale Wohlfahrt deutlich besser waren. Kurz gesagt: »Die Zahl der Schulabgänger nahm zu, der Zugang zur Gesundheitsversorgung wurde einfacher, die Ernährungsbedingungen wurden verbessert und die Lebenserwartung stieg.«⁴⁶ Die Ausweitung der Wohlfahrt über die sozialen Privilegien der weißen Kolonial-/Siedlerklasse hinaus war unterdessen zuweilen mehr Rhetorik als Realität; als »leeren Hülsen« fehlte es den Einrichtungen an Ressourcen und ausgebildetem Personal.⁴⁷

Einer der wichtigsten Aspekte für ein umfängliches Verständnis von sozialer Wohlfahrt als Weg zu politischer und wirtschaftlicher Emanzipation war meines Erachtens die Verpflichtung zu partizipatorischen Prozessen. Dies lässt sich anhand eines Berichts veranschaulichen, der 1979 von einem führenden jugoslawischen Soziologen, Rudi Supek, für die UNESCO verfasst wurde und in dem das sozialistische Jugoslawien ausdrücklich

44 Jimi O. Adesina: *Variations in Postcolonial Imagination: Reflections on Senghor, Nyerere and Nkrumah*, in: *Africa Development* 47 (2022), H. 1, S. 31–58, hier S. 32.

45 Ebd., S. 33.

46 James Midgely: *Colonialism and Welfare: a Post-Colonial Commentary*, in: *Journal of Progressive Human Services* 9 (1998), H. 2, S. 31–50, hier S. 42.

47 Ich danke Jeremy Gould für diesen Hinweis.

mit den Entwicklungsländern in Verbindung gebracht wird.⁴⁸ Der Text oszilliert zwischen konzeptionellen und technischen Aspekten, ohne auf empirische Fallstudien einzugehen. Ohne eine intensive Beschäftigung mit den praktischen Möglichkeiten und Fallstricken der Partizipation hätte er jedoch nicht geschrieben werden können. Von besonderem Interesse ist Supeks Verständnis von partizipativer Sozialplanung als »revolutionärer Reformismus«,⁴⁹ als Weg zur Nutzung und Institutionalisierung der Energie des Befreiungskampfes als »Eckpfeiler der sozialistischen Demokratie«,⁵⁰ die sich von den Betrieben auf das breitere Gemeinschaftsleben erstrecken sollte. »Selbstverwaltung«, nicht nur nach jugoslawischem Vorbild, sondern auch abgeleitet von lateinamerikanischen Erfahrungen, stand eindeutig im Mittelpunkt der Argumentation, obwohl Supek auf breitere philosophische und politische Grundlagen verwies, darunter »anarchistische, linkskommunistische und libertäre sozialistische Bewegungen oder sogar religiöse Bewegungen wie die Quäker oder die Gandhi-Bewegung«.⁵¹ Eine sinnvolle Beteiligung der Gemeinschaft sei daher von entscheidender Bedeutung für eine Art von institutionalisiertem Anti-Institutionalismus, der vor den Gefahren der Bürokratisierung und neuen Formen der Hierarchie einschließlich »autoritärer Führungscliquen« schütze.⁵² Das spiegelt einige Anliegen der Praxis-Schule, der er angehörte – und natürlich auch die Kritik des in Ungnade gefallenen Dissidenten Milovan Djilas.⁵³

Obwohl sich Supek nur in einem kurzen Abschnitt explizit auf Sozialarbeit und Sozialpolitik bezieht,⁵⁴ kannte er die Probleme, die sich aus der beschleunigten Industrialisierung und Modernisierung der landwirtschaftlichen Produktion ergaben, insbesondere hinsichtlich des Verlusts dessen, was er als »traditionellen sozialen Zusammenhalt« bezeichnete.⁵⁵ Ausgehend von den Erfahrungen in Jugoslawien weist er darauf hin, dass »die Landbevölkerung in weitaus stärkerem Maße als die Stadtbevölkerung an allen Aktivitäten der sozialpolitischen Organe teilnimmt«,⁵⁶ was er auf die Isolation gegenüber äußeren Einflüssen und den »größeren natürlichen Zusammenhalt« zurückführt.⁵⁷ Urbanisierungsprozesse würden die partizipative Demokratie eher untergraben, argu-

48 Siehe Rudi Supek: Problems, Methods and Techniques Relating to the Institutionalization of Participation in Development in Different Socio-Economic, Political and Cultural Contexts, in Particular in Socialist Countries such as Yugoslavia and the Developing Countries. Paper presented in 1976 to Expert Meeting, Dakar, Senegal, Paris: UNESCO Division for the Study of Development, https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000037129_eng?posInSet=7&queryId=cb026a60-5ff0-429d-8477-e3cfc6be2240 (ges. am 3. März 2023).

49 Ebd., S. 5.

50 Ebd., S. 16.

51 Ebd., S. 2.

52 Ebd., S. 15.

53 Eine ausführliche Bibliografie wichtiger englischsprachiger Werke zur jugoslawischen Praxis-Gruppe findet sich unter autodidactproject.org/bib/praxis2_guide.html (ges. am 3. März 2023). Siehe auch Milovan Djilas: *The New Class: an analysis of the communist system*, New York 1957.

54 Supek: Problems (Anm. 48), S. 49.

55 Ebd., S. 50.

56 Ebd.

57 Ebd., S. 51.

mentierte Supek und plädierte dafür, den »Gemeinschaftsgeist« im Interesse des sozialen Zusammenhalts zu bewahren. Zufällig oder absichtlich wies diese Diskussion Parallelen zu den Debatten im afrikanischen Kontext auf, wo Nyerere in Tansania und Nkrumah in Ghana versuchten, ihre sozialistischen Ideale mit den – angeblich – im afrikanischen Dorf zu findenden Traditionen der Gegenseitigkeit, der Großzügigkeit und des kollektiven Eigentums zu untermauern,⁵⁸ was sich auf ihr Verständnis von der Natur von Industrialisierungsprozessen und des Gleichgewichts zwischen städtischer und ländlicher Entwicklung auswirkte.

Generell hatte Jugoslawien gegenüber den Entwicklungsländern eine Art Mentorenrolle inne, die zuweilen recht paternalistisch ausfiel, wobei Supeks Bezeichnung Jugoslawiens als »eines der entwickelteren unterentwickelten Länder« gekonnt mit dem Diskurs jonglierte und ihn gleichzeitig verstärkte.⁵⁹ Soziale Infrastrukturen, soziale Investitionen und die Idee des »Sozialprodukts« unterstrichen dies, wobei Kardelj, der führende Architekt des selbstverwalteten Sozialismus, die Werttheorie der Arbeit auf die gegenwärtige und vergangene Arbeitsleistung ausdehnte.⁶⁰

Fallbeispiel II: Der lange Marsch durch die globalen Institutionen

Ob Antonio Gramsci oder Rudi Dutschke: Die Idee des »langen Marsches durch die Institutionen«, der diskursiven und praktischen Verankerung in den institutionellen Strukturen, war ein integrales strategisches Ziel des sozialistischen Jugoslawien und der breiteren Bewegung der Blockfreien, in transnationaler, regionaler und globaler Hinsicht. Wie weiter unten in Bezug auf die Neue Weltwirtschaftsordnung (NWWO) erörtert wird, lautete die Taktik, mit der rund um die globale Sozialpolitik eine Art epistemische Gemeinschaft etabliert werden sollte, offenbar: Je mehr Institutionen eine ähnliche Agenda verfolgten, desto besser.⁶¹ Natürlich waren die Vereinten Nationen und ihre Agenturen in dieser Hinsicht von entscheidender Bedeutung, da Teile einer entstehenden jugoslawischen transnationalen Expertenklasse nicht nur wichtige Positionen innehatten, sondern diese auch entscheidend dazu nutzten, Ideen der Blockfreiheit in Bezug auf soziale, wirtschaftliche, kulturelle und andere Politiken voranzutreiben.

Der Historiker Arno Trültzsch hat sich ausführlich mit der Rolle jugoslawischer Rechtsexperten bei der Ausarbeitung eines Großteils der rechtlichen Bestimmungen der UN-Menschenrechtskonventionen befasst, darunter die Übereinkommen über die Beseitigung der Rassendiskriminierung, Friedenssicherung und Abrüstung sowie das moderne humanitäre Völkerrecht.⁶² Sein Argument, dass die sozialistischen jugoslawischen Exper-

58 Siehe Adesina: *Variations* (Anm. 44), S. 37.

59 Supek: *Problems* (Anm. 48), S. 51.

60 Stubbs: *Reflections on Marxism* (Anm. 11). Eine direkte Übertragung dieses Modells auf andere blockfreie Länder würde eine ausführlichere Archivrecherche erfordern.

61 Deacon/Hulse/Stubbs: *Global Social Policy* (Anm. 16).

62 Siehe Arno Trültzsch: *Non-Alignment in the United Nations and its Impact on International Law: The Case of Yugoslavia*, in: Duško Dimitrijević/Jovan Čavoski (Hg.): *The 60th Anniversary of the Non-Aligned Movement*, Belgrad 2022, S. 163–178.

ten in der einzigartigen Position waren, um eine Kodifizierung globaler Rechtsgrundsätze, z. B. zu den Rechten und Pflichten von Staaten im internationalen System, zu ermöglichen und Lösungen vorzuschlagen, die den ideologisch motivierten Konflikt zwischen dem liberal-kapitalistischen und dem marxistisch-sozialistischen Lager überwinden, ist gut begründet. Die Geschichte ist jedoch keineswegs auf die UNO beschränkt.

In einer neueren Arbeit zeichnet Čarna Brković nach, wie das jugoslawische Rote Kreuz in den 1970er-Jahren explizit darauf hinwirkte, die Ausrichtung des Internationalen Verbands des Roten Kreuzes auf ein viel stärker politisiertes Verständnis von Humanität unter Konfliktbedingungen zu verlagern, das mit dekolonialer Befreiung und der Schaffung eines gerechten Friedens verbunden war.⁶³ Die erste Friedenskonferenz des Roten Kreuzes, die im Juni 1975 in Belgrad stattfand, schuf, wie Brković es nennt, »neue moralpolitische Netzwerke« und setzte sich gleichzeitig für eine bessere Vertretung des Globalen Südens und der nationalen Befreiungsbewegungen in den Rotkreuzstrukturen ein. Das umfassendere »modernistische Entwicklungsprojekt«, zu dem dies gehörte, war natürlich nicht ohne Widersprüche: Menschen aus Afrika und Asien, die nach Belgrad eingeladen wurden, um zu lernen, wie sie ihre eigenen humanitären Organisationen aufbauen konnten, wurden bei der Einreise zuerst medizinisch auf Tropenkrankheiten untersucht. Die Konferenz selbst diente der Förderung der Friedensideen der Blockfreienbewegung, die eine aktive friedliche Koexistenz, Selbstbestimmung und soziale Gerechtigkeit anstrebte. Das sozialistische Jugoslawien bot freilich auch praktische Unterstützung für nationale Befreiungskämpfe an, einschließlich Waffenlieferungen und militärischer Ausbildung bzw. medizinischer Versorgung, Blutspenden usw., was natürlich im Widerspruch zu seiner allgemeineren Haltung stand, »Entideologisierung« zu fördern und Radikalität zu vermeiden. Jugoslawien, die Sowjetunion und die Tschechoslowakei entwickelten beispielsweise ein System, mit dem die algerische Front de Libération Nationale ihre verwundeten Soldaten in Behandlungseinrichtungen im Land schicken konnte.⁶⁴

Chiara Bonfiglioli hat ausführlich über den Beitrag jugoslawischer Sozialistinnen zum Internationalismus der Frauen und zum geschlechtsspezifischen Verständnis von Entwicklung innerhalb und außerhalb der Vereinten Nationen geschrieben. Eine der Schlüsselfiguren, die sie beschreibt, ist Vida Tomšič, eine Partisanin, die 1945 im Alter von 31 Jahren Ministerin für Sozialpolitik in Slowenien wurde. Die Professorin für Familienrecht war 1963 Vorsitzende der Kommission für soziale Entwicklung des UN-Wirtschafts- und Sozialrats (ECOSOC) und spielte eine zentrale Rolle bei den UN-Weltfrauenkonferenzen während der UN-Dekade der Frauen von 1975 bis 1985.⁶⁵

63 Siehe Čarna Brković: *Non-aligned Humanitarianism* (in Vorbereitung).

64 Siehe Jennifer Johnson Onyedum: *Humanize the conflict: Algerian health care organizations and propaganda campaigns, 1954–62*, in: *International Journal of Middle East Studies* 44 (2012), H. 4, S. 713–731, hier S. 718.

65 Siehe Chiara Bonfiglioli: *Women's Internationalism and Yugoslav-Indian Connections: from the Non-Aligned Movement to the UN Decade for Women*, in: *Nationalities Papers* 49 (2021), H. 3, S. 446–461.

Tomšićs enge Beziehungen zu Aktivisten, Politikern und Entscheidungsträgern in Indien und Sri Lanka machten sie zu einer vertrauenswürdigen Beraterin bei einer Reihe von Themen, einschließlich Sozialpolitik und Geschlechtergleichstellung. Vor allem ihre Rolle in der International Planned Parenthood Federation an der Seite einer anderen jugoslawischen feministischen Wissenschaftlerin und Aktivistin der jüngeren Generation, Nevenka Petrić, veranschaulicht sehr gut den langen Marsch. Tomšić und Petrić, die in gewisser Weise an die oben erwähnte Geschichte des Roten Kreuzes erinnern, widersprachen dem Neo-Malthusianismus westlicher Akteure und bestritten die Vorstellung, dass der Globale Süden aufgrund hoher und steigender Geburtenraten zur Unterentwicklung verdammt sei.⁶⁶ Natürlich waren die von Tomšić und Petrić vertretenen Positionen nicht so radikal, wie viele Kritiker des *developmentalism* und seines Ablegers »Frauen und Entwicklung« im Globalen Süden es darstellten.⁶⁷ Tomšić jedoch als transnationale Netzwerkerin zu verstehen, die andere Aktivistinnen im Globalen Süden ermutigte und als Gatekeeperin den anderen jugoslawischen Aktivistinnen Zugang zu internationalen Schlüsselpositionen verschaffte, scheint ein fruchtbarer Weg zu einem nuancierteren Verständnis der Auswirkungen des sozialistischen Jugoslawien auf die Sozialpolitik im Globalen Süden und darüber hinaus zu sein.

Fallbeispiel III: Die neue internationale Wirtschaftsordnung

Nachdem man sich in den 1960er-Jahren auf einen politischen »Dritten Weg« konzentriert hatte, begann eine zweite Phase der Blockfreienbewegung, die bis dahin ein eher sporadisches, unsystematisches Dasein gefristet hatte und nun mit dem von Kenneth Kaunda ausgerichteten Gipfel von Lusaka (Sambia) 1970 neues Leben, neuen Schwung und sogar eine formale Struktur verliehen bekam. Die Konferenz von Lusaka brachte eine Hinwendung zu wirtschaftlichen Themen und insbesondere die Erkenntnis, dass, nachdem die koloniale politische Herrschaft in weiten Teilen der Welt, wenn auch bei Weitem nicht in allen, besiegt worden war, die nächste Herausforderung darin bestand, der »neokolonialen« ökonomischen Herrschaft und der Notwendigkeit einer »materiellen Dekolonisation« entgegenzutreten.⁶⁸ In der Erklärung des Gipfels von 1970 zum ökonomischen Fortschritt hieß es, dass »das Fortbestehen eines ungerechten Weltwirtschaftssystems, das aus der kolonialen Vergangenheit stammt und durch den gegenwärtigen Neokolonialismus fortgeführt wird, unüberwindliche Schwierigkeiten bei der Überwindung der Fesseln der Armut und der wirtschaftlichen Abhängigkeit aufwirft«.⁶⁹

66 Chiara Bonfiglioli: Women's Non-Aligned Internationalism Between Yugoslavia and the Global South, Zoom lecture, Universität Graz, 11. Mai 2022, youtube.com/watch?v=JQYfYN6sok (ges. am 3. März 2023).

67 Siehe Gita Sen/Caren Grown: Development, Crises and Alternative Visions: Third World Women's Perspectives, New York 1987.

68 Veit: Einleitung (Anm. 2).

69 Non-Aligned Movement: Resolutions of the Third Conference of Non-Aligned States, Lusaka, Johannesburg 1970, <https://ris.org.in/sites/default/files/NAM%20Summit-3-Sep%208-10-1970-Final Document-LusakaDeclaration-min.pdf> (ges. am 28. August 2023).

Ein Großteil der Formulierungen während des Gipfels war von der Art »genug der Worte, wir brauchen Taten«, und dies spiegelte sich auch in der Abschlusserklärung des Gipfels wider. Sie forderte die Vereinten Nationen auf, »die internationale Maschinerie zu nutzen, um eine rasche Umgestaltung des Weltwirtschaftssystems, insbesondere in den Bereichen Handel, Finanzen und Technologie, herbeizuführen, sodass die wirtschaftliche Herrschaft der wirtschaftlichen Kooperation weicht und die wirtschaftliche Stärke zum Nutzen der Weltgemeinschaft eingesetzt wird.«⁷⁰ Man kann argumentieren, dass die Rolle der Bewegung der Blockfreien Staaten beim Vorantreiben dieser Agenda aus einer strategischen Alternative resultierte, nämlich aus der Ansicht, dass die Aussicht auf Erfolg umso größer sei, je mehr unterschiedliche, aber miteinander verknüpfte Organisationen weitgehend übereinstimmten. Im Hinblick auf die NWWO stellte sich die Blockfreienbewegung auf die Seite der Gruppe der Entwicklungsländer G-77 und der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD), die beide 1964 gegründet worden waren. Dabei hatte man zunehmend den Eindruck, dass die UNCTAD den hohen Erwartungen, die der Globale Süden und Jugoslawien ein Jahrzehnt zuvor in sie gesetzt hatten, nicht gerecht geworden war. Die geistigen Grundlagen der NWWO sind interessant und eklektisch, mit Anleihen bei der Interdependenztheorie von Raúl Prebisch, Hans Singer und anderen, mit Marxisten wie Samir Amin und Weltsystemtheoretikern wie Immanuel Wallerstein als mehr oder weniger konstruktiven Kritikern.⁷¹ Die gravierende Verschlechterung der Terms of Trade gegenüber den Produzenten von Primärrohstoffen machte es unmöglich, auch nur grundlegende Sozialleistungen, geschweige denn Entwicklungsmaßnahmen zu finanzieren. Das Gipfeltreffen der Blockfreienbewegung in Algier (Algerien) im Jahr 1973 war von entscheidender Bedeutung und brachte Formulierungen hervor, die, wie Odette Jankowitsch und Karl Sauvant gezeigt haben,⁷² in die auf der Sondersitzung der UNO-Vollversammlung am 1. Mai 1974⁷³ verabschiedete UN-Resolution 3202 weitgehend Eingang fanden.

Als die UN und insbesondere die UNESCO damit beauftragt wurden, die NWWO sowohl intellektuell als auch praktisch umzusetzen, bestand ein gemeinsamer Nenner in der Notwendigkeit, »über die Ökonomie hinauszugehen«, sodass Themen aufkamen, die heute sehr zeitgemäß scheinen, darunter etwa die Fragen nach den Grenzen des Planeten – meist, aber nicht immer, als Antwort auf *Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*,⁷⁴ verbunden mit der Sorge, dass der Norden dem Globalen Süden den Weg zur Industrialisierung versperren würde – sowie von Migration, Brain drain und Kulturpolitik. Die soziale Dimension der NWWO war oft eher implizit

70 Ebd.

71 Herb Addo (Hg.): *Transforming the World Economy? Nine critical essays on the New International Economic Order*, London 1984.

72 Odette Jankowitsch/Karl P. Sauvant: *The Initiating Role of the Non-Aligned Countries*, in: Karl P. Sauvant (Hg.): *Changing Priorities on the International Agenda*, Oxford 1978, S. 41–77, hier S. 70.

73 UN-Resolution 3202, <https://digitallibrary.un.org/record/218451?ln=en> (ges. am 3. März 2023).

74 Donella Meadows/Dennis Meadows/Jørgen Randers/William W. Behrens III: *Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*, Stuttgart 1972; engl. Fassung siehe <https://donellameadows.org/wp-content/userfiles/Limits-to-Growth-digital-scan-version.pdf> (ges. am 3. März 2023).

als explizit. Es lässt sich jedoch eine deutliche Verschiebung sowohl des Schwerpunkts als auch des Rahmens dessen erkennen, was wir heute als »globale Sozialpolitik« bezeichnen würden, und zwar grundsätzlich von »Hunger« über »Armut« zu »Ungleichheit« und von einer Art »moralischem Unterschichten-Diskurs«⁷⁵ zu einem strukturellen Verständnis. Damit konnte auch die soziale Komponente des *developmentalism* viel stärker in den Mittelpunkt gerückt werden – neben einer stärkeren Beachtung der globalen sozialen Rechte.⁷⁶

Letztendlich wurde das Schicksal der NWWO von mindestens drei Faktoren bestimmt. Erstens wurde sie Opfer einer Verlagerung der globalen sozialen Governance hin zu den internationalen Finanzinstitutionen, einschließlich der Weltbank und des IWF. Dies kündigte den Moment der neoliberalen Strukturanpassungen und der Dominanz von Institutionen an, die die Hegemonie der USA bei der politischen Regulierung des Weltwirtschaftssystems widerspiegeln. Zweitens stießen die Ölpreissteigerungen der frühen und späten 1970er-Jahre eine Reihe neuer globaler Dynamiken an, die die Solidarität des Globalen Südens untergruben, da Öl zu einer Ware wurde, die sich von anderen Waren unterschied, und eine neue Kluft zwischen Ölproduzenten und -konsumenten sichtbar wurde, auch innerhalb der Blockfreienbewegung.⁷⁷ Die Versuche, eine Bank der Blockfreien zu gründen, einen Fonds für die am wenigsten entwickelten Länder einzurichten und die Rohstoffpreise zu stabilisieren, verliefen im Sande oder waren, wie im letzten Fall, der Sache nicht angemessen und kamen viel zu spät. Drittens waren die Widersprüche der NWWO von Anfang an so groß, dass verschiedene Akteure sie beliebig interpretieren konnten, als revolutionären Antikapitalismus bis hin zu einem reformistischen »Kapitalismus mit menschlichem Antlitz«, und selbst die Beschwörungen der »kollektiven Selbstverantwortung« konnten auf viele verschiedene Arten gedeutet werden.

Carlos Ron und Vijay Prashad haben kürzlich vorgeschlagen, die NWWO auch als Grundlage der heutigen Kämpfe um soziale, wirtschaftliche und globale Gerechtigkeit zu betrachten, da ihre Argumente auf »Verteilungsgerechtigkeit, souveräne Gleichheit, Interdependenz, gemeinsame Interessen und Zusammenarbeit zwischen allen Staaten [...] gestützt sind, die Ungleichheiten korrigieren und bestehende Ungerechtigkeiten ausgleichen sollen, es ferner ermöglichen sollen, die wachsende Kluft zwischen Industrie- und Entwicklungsländern zu beseitigen und eine stetig beschleunigte wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie Frieden und Gerechtigkeit für heutige und künftige Generationen sicherzustellen«.⁷⁸ Für die Politikwissenschaftlerin Adom Getachew bildet die NWWO den Höhepunkt der antikolonialen Weltgestaltung und stellt einen Versuch

75 Ruth Levitas: Defining and Measuring Social Exclusion: A Critical Overview of Current Proposals, in: *Radical Statistics* 71 (1999), radstats.org.uk/no071/article2.htm (ges. am 3. März 2023).

76 Omer Mollaer: Developmental State: A Theoretical and Methodological Critique, in: *Bulletin of Economic Theory and Analysis* 1 (2016), H. 1, S. 1–12; Lutz Leisering: The Calls for Universal Social Protection by International Organizations: Constructing a New Global Consensus, in: *Social Inclusion* 8 (2020), H. 1, cogitatiopress.com/socialinclusion/article/view/2569 (ges. am 3. März 2023).

77 Siehe Ljubica Spaskovska: »Crude Alliance« – Economic Decolonisation and Oil Power in the Non-Aligned World, in: *Contemporary European History* 30 (2021), H. 4, S. 528–543.

78 Carlos Ron/Vijay Prashad: A Plan to Save the Planet, in: *TriContinental* 24. November 2021, thetri-continental.org/text-a-plan-to-save-the-planet (ges. am 3. März 2023).

dar, die UNO als Mittel zur Schaffung einer »egalitären Weltwirtschaft« zu nutzen.⁷⁹ Gleichzeitig könne man feststellen, dass sie eine marxistische »Diagnose der wirtschaftlichen Abhängigkeit« mit Rezepten verband, die »im Rahmen einer liberalen politischen Ökonomie formuliert wurden«.⁸⁰ Wie auch immer die Realität aussieht, eine gründlichere Erforschung der sozialen Aspekte der NWWO würde dazu beitragen, den tiefgreifenden »historischen Präsentismus« zu korrigieren, der viele Studien zur »globalen Sozialpolitik« prägt.⁸¹

III. Schlussfolgerungen

Zwar geht der Text nur einen sehr zaghaften Schritt in Richtung einer alternativen Analyse der Sozialpolitik während des Kalten Krieges, aber er lenkt die Aufmerksamkeit auf das, was ich an anderer Stelle als *policy translation* bezeichnet habe: ein Verständnis von Maßnahmenpolitik als »unablässig im Entstehen begriffen«, als »in Begegnungen verschiedener Art revidiert, gebeugt, angeeignet und gebogen«⁸² – kurz gesagt, als performativ, nicht als präformiert. Dieser »politisch durchdrungene Prozess der Verlagerung und Verschiebung« ist weder rein technisch noch neutral,⁸³ und es wäre abwegig, ihn so darzustellen. Richtungen und Strömungen spielen eine Rolle, und das Ausmaß, in dem diese unilinear bleiben oder vielmehr multidirektional werden, ist eine Frage offener empirischer Forschung und ihrer »Fähigkeit zu überraschen«.⁸⁴ Das entscheidende Argument dieses Textes ist, dass das jugoslawische entwicklungspolitische Wohlfahrtsmodell zusammen mit der Selbstverwaltung und »Brüderlichkeit und Einheit« von der gleichen immensen Bedeutung für die Konsolidierung des jugoslawischen Staates im eigenen Land war wie die Blockfreiheit für die Beziehungen in der Welt. Doch obwohl all dies für die Länder der Blockfreienbewegung im Globalen Süden ebenso von Bedeutung war, muss genauer untersucht werden, inwieweit diese Praktiken die Entwicklungen in anderen Ländern beeinflussten und von ihnen beeinflusst wurden.

Eine zweite Herausforderung für die rechtgläubige Literatur besteht in der Konzentration auf Denkweisen, die ihren Ursprung im Globalen Süden haben, darunter Panafrikanismus, Negritude, Befreiungstheologie und viele andere. Dem Eurozentrismus in der sozialpolitischen Analyse, einschließlich der marxistischen Orthodoxien, muss durch

79 Adom Getachew: *Worldmaking After Empire: The Rise and Fall of Self-Determination*, Chicago 2019, S. 100.

80 Ebd., S. 145.

81 Noemi Lendvai-Bainton/Paul Stubbs: *Towards a Global Social Policy Otherwise: Decoloniality, Socialist Worldmaking and an Ethics of Translation*, in: *Global Social Policy* vom 20. November 2022, <https://journals.sagepub.com/doi/10.1177/14680181221139077> (ges. am 3. März 2023).

82 John Clarke/Dave Bainton/Noemi Lendvai/Paul Stubbs: *Making Policy Move: Towards a Politics of Translation and Assemblage*, Bristol 2015, S. 15.

83 Noemi Lendvai/Paul Stubbs: *Policies as Translation: Situating Transnational Social Policies*, in: Susan M. Hodgson/Zoe Irving (Hg.): *Policy Reconsidered: Meanings, Politics and Practices*, Bristol 2007, S. 173–189, hier S. 180.

84 Paul Willis/Mats Trondman: *Manifesto for Ethnography*, in: *Ethnography* 1 (2000), H. 1, S. 5–16.

Studien entgegengewirkt werden, die Europa provinzialisieren oder dezentrieren,⁸⁵ es aber in Bezug auf die Zirkulation von Ideen und Praktiken nicht völlig ignorieren. Eine Kombination dieser beiden Elemente würde die Tradition der vergleichenden Sozialpolitik unterlaufen und einen viel offeneren Blick auf den Austausch und die Ströme von Akteuren, Strukturen, Institutionen und Diskursen ermöglichen.⁸⁶

Die Erforschung des »*anticolonial worldmaking*«⁸⁷ und die Formulierung einer globalen Sozialpolitik »auf andere Weise«, die das Gedeihen »alternativer Wissensformen und neuer Formen der Wissensproduktion« ermöglicht,⁸⁸ muss sowohl das Alltägliche in den Blick nehmen als auch auf das Unsichtbare achten. Entscheidend ist hier, die Intersektionalität von Geschlecht, »Rasse« und Klasse im Hinblick auf die Übersetzung dekolonialer transnationaler Ideale in alltägliche Praktiken zu erforschen, damit Sozialpolitik und Formen sozialer und gemeinschaftlicher Arbeit, die nicht in nördlichen und westlichen Traditionen verwurzelt sind, in Erinnerung bleiben und wiedergefunden werden können.

Dieser Text hat kaum an der Oberfläche gekratzt, wobei sich die Fallbeispiele eher auf den diskursiven Austausch als auf spezifische Praktiken konzentrierten. Während weitere Forschungen erforderlich sind, muss die vorläufige Schlussfolgerung hier lauten, dass der Austausch zwischen dem sozialistischen Jugoslawien und dem Globalen Süden innerhalb und im Umfeld der Bewegung der Blockfreien Staaten, zumindest im Bereich der Sozialpolitik und der sozialen Entwicklung, nicht so tiefgreifend, nicht so multilinear und nicht so selbstreflexiv war, wie er hätte sein können.

Aus dem Englischen übersetzt von Marcel Streng

85 Siehe Dipesh Chakrabarty: *Provincializing Europe: Postcolonial Thought and Historical Difference*, Princeton 2000.

86 Siehe Bob Deacon/Paul Stubbs: *Global Social Policy Studies: conceptual and analytical reflections*, in: *Global Social Policy* 13 (2013), H. 1, S. 5–23.

87 Siehe Getachew: *Worldmaking* (Anm. 79), S. 5.

88 Lendvai-Bainton/Stubbs: *Towards* (Anm. 81).